

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بلین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Georges Hallermayer
15.08.2020

WAHLKAMPF CÔTE D'IVOIRE

«Im nationalen Interesse»

Ivorischer Präsident kandidiert entgegen der Verfassung erneut. Paris braucht seinen Mann in Westafrika



Eric Gaillard/POOL Reuters/dpa

Bester Mann zur Wahrung französischer Interessen in Westafrika: Präsident Macron (l.) mit seinem ivorischen Amtskollegen Ouattara (Saint-Raphael, 15.8.2019)

Am 31. Oktober wird in Côte d'Ivoire ein neuer Präsident gewählt. Und entgegen anderslautender früherer Aussagen erklärte der amtierende Staatschef Alassane Ouattara am vergangenen Donnerstag, doch für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Dabei schien der Wunschkandidat der früheren Kolonialmacht Frankreich Anfang Juli zunächst schwer getroffen. Mit dem Tod seines auserwählten Nachfolgers, Premierminister Amadou Gon Coulibaly, und dem wenige Tage später erfolgten Rücktritt seines Vizepräsidenten Daniel Kablan Duncan aus »persönlichen Gründen« sei das von »Ouattara geschaffene Gerüst eingestürzt«, wie *Le Monde Afrique* am 9. Juli schrieb.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Also will der 78jährige im Oktober seine Wiederwahl feiern, obwohl die neue Verfassung von 2016 eine dritte Amtszeit verbietet. Offiziell angeführt wird, dass deren Verabschiedung den Zähler wieder auf Null zurückgesetzt habe und Ouattara einzig »im besten Interesse der Nation handele«, wie er bei seiner Kandidatur angab.

Welcher Gegner könnte ihm gefährlich werden? Der Expremier und frühere Vorsitzende der Nationalversammlung, Guillaume Soro, ist im April in Abwesenheit in einer dreistündigen Verhandlung wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder und Geldwäsche zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte seine Kandidatur im Juni 2019 öffentlich gemacht und wird die Entwicklung aus dem Exil in Frankreich verfolgen müssen. Henry Konan Bédié, Staatschef von 1993 bis 1999 und Vorsitzender der größten Oppositionspartei Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire – Rassemblement Démocratique Africain (PDCI-RDA), hat sich bereits als Gegenkandidat erklärt. Ihm werden gute Erfolgchancen eingeräumt. Er hält die Kandidatur Ouattaras für »illegal«.

Die Kandidatur des erklärten Gegners von Françafrique, dem klientelistischen Systems zwischen Paris und seinen Exkolonien, Laurent Gbagbo, der von 2000 bis 2010 Staatspräsident war, steht als Menetekel an der Wand. Spekuliert wird, ob er zur Wahl im Oktober antreten kann oder will. Nachdem Ouattara Ende 2010 vom damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy nach einer strittigen Stichwahl zum Sieger erklärt worden war, kam es zu monatelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Allerdings wurde 2016 nur gegen Gbagbo und seinen vormaligen Jugendminister Charles Blé Goudé der Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wegen schwerer Gewaltverbrechen eröffnet. Der IStGH musste Gbagbo und Blé Goudé Anfang 2019 jedoch mangels Beweisen freisprechen. Ende Juni forderte die Anklage nun die Aufhebung des Freispruchs und legte Berufung ein.

Paris braucht Ouattara auch weiterhin für die Durchsetzung französischer Interessen in den früheren Kolonien Westafrikas. Seit 2013 Präsident der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDAO, englisch ECOWAS, brach er den Widerstand gegen die neokoloniale Währungspolitik mit dem Franc-CFA, verhinderte so einen unregelmäßigen Ausstieg und die Einführung souveräner Landeswährungen. Frankreichs gemeinsam mit dem ivoirischen Präsidenten im Dezember 2019 vorgestellte »Reform« sieht vor, dass bis Ende des Jahres der Franc-CFA durch den weiterhin an den Euro gebundenen Eco ersetzt werden soll.

Aktuell ist Ouattara als CEDAO-Präsident zudem gefordert, in Mali Staatschef Ibrahim Boubacar Keïta den Kopf zu retten und den politischen Status quo zu erhalten. Das Manöver der Ende Juli nach Bamako entsandten Delegation der Wirtschaftsgemeinschaft sollte wohl vor allem der Beruhigung der heterogenen Massenbewegung aus religiösen, parteipolitischen und sozialen Initiativen vor dem islamischen Opferfest dienen. Wie in Griechenland durch die sogenannte Troika wurden Forderungen gestellt und Sanktionen angedroht, was von der Opposition unmittelbar zurückgewiesen wurde. Im Raum steht, dass bei Überschreiten der »roten Linie«, dem Rücktritt des Präsidenten, weiterreichende Schritte unternommen werden.

Junge Welt 14.08.2020